

# OECD *Multilingual Summaries*

## International Migration Outlook 2013

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/migr\\_outlook-2013-en](http://10.1787/migr_outlook-2013-en)

## Internationaler Migrationsausblick 2013

Zusammenfassung in Deutsch

### WICHTIGSTE ENTWICKLUNGEN

- Die Migration in die OECD-Länder nimmt zu, hat jedoch noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. 2011 stieg die Zahl der dauerhaften Zuwanderer in die OECD-Länder insgesamt im Vergleich zu 2010, lag jedoch nach wie vor unter vier Millionen. Vorläufige Daten für 2012 deuten auf einen weiteren Anstieg hin. Die befristete Arbeitsmigration stagnierte gegenüber 2010 im Großen und Ganzen mit knapp unter zwei Millionen Zuzügen. Die OECD-Länder ziehen weiterhin Studierende aus der ganzen Welt an, wobei sich die Zahl der internationalen Studierenden 2010 um 6% gegenüber 2009 erhöhte.
- Indien und China sind nach wie vor wichtige Herkunftsländer für die Zuwanderung in die OECD-Länder, aber Polen und Rumänien befanden sich in diesem Jahr (nach China) unter den drei wichtigsten Herkunftsländern, was durch den Anstieg der Mobilität innerhalb der Europäischen Union bedingt war. Die Zuwanderung im Rahmen der in den europäischen OECD-Ländern bestehenden Freizügigkeit nahm 2011 zu und ist in dieser Region im Verhältnis viermal so hoch wie die Zuwanderung aus anderen Regionen. Die Abwanderung aus den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern, insbesondere den südeuropäischen Ländern, hat sich im Zeitraum 2009-2011 ebenfalls beschleunigt – und zwar um 45%.
- 2011 stieg die Zahl der Asylbewerber in den OECD-Ländern um über ein Fünftel und lag zum ersten Mal seit 2003 bei über 400 000. Diese Entwicklung wird durch vorläufige Daten für 2012 bestätigt. Die wichtigsten Zielländer sind die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland. Italien trat 2011 als viertgrößtes Aufnahmeland in Erscheinung, was zum großen Teil auf den „arabischen Frühling“ zurückzuführen war.
- Zahlreiche Regierungen haben eine restriktivere Haltung gegenüber der Einstellung von Arbeitskräften aus dem Ausland eingenommen, weil sie bestrebt sind, ihre Erwerbsbevölkerung angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit zu schützen. Einige Länder haben jedoch auch Maßnahmen eingeführt, um die Situation ausländischer Arbeitskräfte zu erleichtern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, hauptsächlich indem sie ihnen gestatten zu bleiben, um nach Arbeit zu suchen. Eine größere Zahl von Ländern führt Punktesysteme ein, da diese Flexibilität bei der Auswahl hochqualifizierter Kandidaten bieten. Darüber hinaus gilt die Aufmerksamkeit Programmen zur Anwerbung von Investoren und Unternehmern.
- Die Arbeitsmarktsituation der Migranten hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in absoluten Zahlen als auch im Vergleich zur im Inland geborenen Bevölkerung verschlechtert. Im Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote der im Ausland Geborenen zwischen 2008 und 2012 um 5 Prozentpunkte gestiegen, im Vergleich zu 3 Prozentpunkten bei den im Inland Geborenen. Die Langzeitarbeitslosigkeit unter Zuwanderern entwickelt sich in vielen OECD-Ländern zu einer ernsthaften Herausforderung. 2012 war fast jeder zweite arbeitslose Migrant seit über einem Jahr auf Arbeitsuche.
- Jugendliche und geringqualifizierte Zuwanderer hatten besonders stark unter der Krise zu leiden, Frauen und hochqualifizierte Zuwanderer jedoch weniger. Am stärksten war der Effekt bei Zuwanderern aus Lateinamerika und Nordafrika. Bei Zuwanderern aus Nordafrika in Europa wurde 2012 z.B. eine Rekordarbeitslosigkeit in Höhe von 26,6% verzeichnet.
- Welches Gewicht auf integrationspolitische Maßnahmen gelegt wird und wie viele Mittel dafür bereitgestellt werden, unterscheidet sich erheblich von einem Land zum anderen, obwohl die Arbeitsmarktintegration der

Zuwanderer überall gefördert werden müsste, um mögliche langfristige Effekte zu vermeiden, insbesondere für junge Zuwanderer und im Inland geborene Kinder von Zuwanderern. Manche Länder investierten weiterhin umfangreiche öffentliche Mittel in Integrationsinitiativen, wohingegen andere auf Grund der wirtschaftlichen Rezession und fiskalpolitischer Restriktionen erhebliche Einsparungen vornahmen.

## Der fiskalische Effekt der Zuwanderung

Die Frage, ob Zuwanderer im Hinblick auf die Staatsfinanzen Nettozahler oder Nettoempfänger sind, wird breit diskutiert. Schätzungen deuten darauf hin, dass ihr fiskalischer Effekt gering ist und im Allgemeinen weder in positiver noch in negativer Hinsicht über 0,5% des BIP hinausgeht. Zuwanderer weisen jedoch in der Regel eine ungünstigere Nettofiskalposition auf als die im Inland Geborenen, was jedoch zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, dass sie in der Tendenz weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen, und nicht darauf, dass sie stärker auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Das Altersprofil der Zuwanderer ist ein wichtiger Faktor, der Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf die Nettofiskalposition der Zuwanderer erklärt, und das Alter bei der Einreise ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für den Nettogegenwartswert des abgezinsten künftigen direkten Nettobeitrags der Zuwanderer zu den öffentlichen Finanzen. Trotzdem spielt das Alter in den meisten Migrationssystemen bei der Auswahl der Arbeitsmigranten eine relativ geringe Rolle im Vergleich zu anderen Faktoren wie Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Bildungsstand. Generell sind die länderspezifischen Unterschiede bei der Fiskalposition der Zuwanderer im Verhältnis zu der der im Inland geborenen Bevölkerung zum großen Teil Unterschieden in der Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung nach Zuwanderungskategorie (Arbeitsmigration, Familiennachzug, humanitäre Migration) zuzuschreiben.

Der Arbeitsmarktstatus ist der wichtigste Einzelbestimmungsfaktor des Nettobeitrags der Zuwanderer zu den öffentlichen Finanzen, insbesondere in großzügigen Wohlfahrtsstaaten. Eine Anhebung der Beschäftigungsquote der Zuwanderer auf das Niveau der im Inland Geborenen würde für viele europäische OECD-Länder zu beträchtlichen fiskalischen Mehreinnahmen führen.

## Diskriminierung von Zuwanderern

Diskriminierung von Zuwanderern und ihren Kindern auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft kann den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen und die Anreize für Investitionen in Bildung mindern. Sie kann darüber hinaus einen wirtschaftlichen Verlust für das Aufnahmeland darstellen. Diskriminierung zu messen ist schwierig, Studien deuten jedoch darauf hin, dass es nicht unüblich ist, dass Zuwanderer und ihre Kinder über doppelt so viele Bewerbungen abschicken müssen, um eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch zu erhalten, wie Personen ohne Migrationshintergrund, deren Lebenslauf ansonsten vergleichbar ist. Tatsächlich scheint der Effekt der Diskriminierung am deutlichsten im Einstellungsverfahren zu Tage zu treten, auch wenn der spätere berufliche Aufstieg und die Verdienste ebenfalls beeinträchtigt werden können.

Die meisten OECD-Länder haben Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung ergriffen, auch wenn diese in Umfang und Reichweite stark variieren. Am üblichsten ist die Schaffung von Klagemöglichkeiten. Eine Reihe von OECD-Ländern setzt darüber hinaus Maßnahmen der „positiven Diskriminierung“ auf der Grundlage von Zielvorgaben und Quoten sowie bestimmte Instrumente wie anonyme Lebensläufe ein. Die Befunde deuten darauf hin, dass Diskriminierung mit solchen Maßnahmen wirkungsvoll bekämpft werden kann, wenn sie umsichtig konzipiert werden. Auch diversitätspolitische Maßnahmen sind in einer Reihe von OECD-Ländern getestet worden. Es ist schwierig, ihre Wirksamkeit zu beurteilen, da sich an solchen Programmen im Allgemeinen jene Arbeitgeber beteiligen, die ohnehin besonders großes Interesse an Diversität haben. Sensibilisierungsmaßnahmen scheinen besonders wichtig zu sein, um negative Vorurteile zu überwinden, auf die diskriminierendes Verhalten offenbar maßgeblich zurückzuführen ist.

## Kernaussagen

- Die Zuwanderung machte im Zeitraum 2001-2011 40% des gesamten Bevölkerungswachstums im OECD-Raum aus.
- Die dauerhafte Zuwanderung in die OECD-Länder nahm 2011 um 2% zu. Vorläufige Zahlen zeigen für 2012 einen ähnlichen Anstieg.
- Die Zuwanderung im Rahmen der europäischen Freizügigkeitsregelungen ist 2011 wieder auf 15% gestiegen, nachdem sie während der Krise (2007-2010) um nahezu 40% gesunken war.
- In Europa wird weniger als jede zweite zugewanderte Arbeitskraft im Ausland angeworben.
- Die Zahl der internationalen Studierenden nimmt kontinuierlich zu und überstieg 2010 2,6 Millionen.
- Der Anteil der asiatischen Migranten an der Zuwanderung in die OECD-Länder steigt weiter an und belief sich 2011 auf 36%. Damit liegt Asien als Herkunftscontinent dicht hinter Europa.

- Die Zahl der Asylbewerber in den OECD-Ländern stieg 2011 um über 20% und 2012 um 7%.
- Zehn neue Länder haben 2012 die EU-Richtlinie über die Blaue Karte EU umgesetzt; sie wird nunmehr von allen Unterzeichnerstaaten ausgestellt.
- 2011 und 2012 haben sieben OECD-Länder ihr System geändert, um ihre Arbeitsmärkte für ausländische Hochschulabsolventen attraktiver zu gestalten.
- Im Durchschnitt der OECD-Länder sind Zuwanderer stärker von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als die im Inland Geborenen, wobei die Arbeitslosenquote der Zuwanderer sich von 8,1% im Jahr 2008 auf 12,9% im Jahr 2012 erhöht hat – gegenüber einem Anstieg von 5,4% auf 8,7% bei den im Inland Geborenen.
- Zwischen 2008 und 2012 erhöhte sich der Anteil der arbeitslosen Zuwanderer, die über ein Jahr lang arbeitslos waren, in den OECD-Ländern von 31% auf 44%.

© OECD

**Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.**

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

**Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.**

**Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop [www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop)**

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org) oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website [www.oecd.org/rights](http://www.oecd.org/rights)



**Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!**

© OECD (2013), *International Migration Outlook 2013*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/migr\_outlook-2013-en